

Antrag der Fraktion der CDU

Straftaten von Flüchtlingen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen

Im Rahmen einer Studie zur Entwicklung der Gewaltkriminalität in Deutschland von Christian Pfeiffer wurden Daten über Straftaten von Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen erhoben. Ziel war es dabei, fundierte Datensätze aufzubereiten und diese als Basis für die Entwicklung weiterer Maßnahmen im Rahmen der Jugendpolitik sowie der Flüchtlingspolitik zur Verfügung zu stellen.

In Niedersachsen hat sich dabei ein deutlicher Anstieg von Flüchtlingsstraftaten abgezeichnet. Bis 2014 waren die Zahlen polizeilich registrierte Gewalttaten kontinuierlich rückläufig. Wohingegen die Statistik für die Jahre 2015 und 2016 eine Zunahme der Gewaltkriminalität um 10,4 % verzeichnete. Die Analyse dieser zu 83 % aufgeklärten Straftaten zeigt, dass der Anstieg zu 92,1 % Flüchtlingen zuzurechnen ist.

Bisher umfasst die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) lediglich Straftaten von Ausländern, dabei wird aber außer Acht gelassen, inwiefern sich der Aufenthaltsstatus auf die Kriminalitätsbereitschaft auswirkt und inwieweit die Lebensumstände mitursächlich für die Begehung von Straftaten sind.

Um dem Phänomen der Straftaten von UmA's und allgemein von Flüchtlingen wirksam zu begegnen sind wissenschaftlich fundierte Präventionsmaßnahmen erforderlich und Präventionsmaßnahmen müssen evaluierbar sein. Aus diesem Grund müssen die dafür erforderlichen Daten vorliegen und die PKS sollte sowohl um den Bereich der UmA Straftaten erweitert werden, als auch allgemein um den der Kategorie Flüchtling.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich im Rahmen der nächsten Konferenz der Innenminister dafür einzusetzen, dass in der PKS Straftaten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und volljährigen Flüchtlingen abgebildet werden.
2. über das Ergebnis der Konferenz der Innenminister schriftlich der Deputation für Inneres zu berichten.

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU